

# **Beschluss**



## **Europawahlversammlung 11.10.2008 FDP Landesverband Berlin**

### **Europas Möglichkeiten für Berlin besser nutzen**

Mit ihrer einzigartigen geographischen Lage inmitten der Europäischen Union fungiert die deutsche Hauptstadt als Verbindungsglied und Scharnier zwischen West- und Osteuropa. In kaum einer anderen Region oder Stadt werden die Errungenschaften der friedlichen Annäherung, verlässlichen Nachbarschaft und produktiven Zusammenarbeit sichtbarer als in Berlin. So konnten wir wie kaum eine andere Gegend von den errungenen Freiheiten in Europa profitieren. Der rot-rote Senat nimmt Berlin die Chance, sich zu einer pulsierenden und schillernden Metropole im Herzen Europas weiter zu entwickeln.

Diese einzigartigen Voraussetzungen lassen sich jeden Tag aufs neue beobachten: Exzellente Wissenschaftler und Studenten aus nahezu allen Ländern dieser Welt kommen nach Berlin, um die Forschung voranzutreiben; Kreative und Künstler lassen sich von dem Potential und den Ausgangsbedingungen für unterschiedlichste Projekte inspirieren; Unternehmer und ihre Mitarbeiter aus vielen Ländern Europas bringen den Standort Berlin in den Kernbereichen Gesundheitswirtschaft, Kommunikation und Medien, aber auch in sämtlichen anderen mittelständischen Betrieben voran. Eine ständig wachsende Anzahl an Touristen von nah und fern nutzen die vielseitigen Angebote. Und schließlich sind die knapp 3,5 Millionen Berlinerinnen und Berliner bestes Beispiel für eine weltoffene und tolerante Hauptstadt. All dies war vor wenigen Jahren noch unvorstellbar.

Berliner Unternehmen nutzen mehr und mehr den geographischen Vorteil und vernetzen sich immer besser über den Handel mit unseren Nachbarn. So hat beispielsweise der Export nach Polen allein im Jahr 2006 um über 30 Prozent zugenommen und liegt gegenwärtig bei knapp 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. So werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert. Gleichzeitig haben sich Berliner Betriebe in den vergangenen Jahren verstärkt auf innovative Wachstumsbranchen wie die Solar-, Medizin- und Biotechnologie konzentriert und entscheidende neue Märkte erschlossen. Berlin ist ein idealer

Investitionsstandort zwischen Ost- und Westeuropa und lebt von seiner kulturellen Attraktivität, seinem Lebensgefühl und seiner geographischen Lage.

Wir stehen aber auch im Wettbewerb mit anderen europäischen Städten und Regionen. Europas Chancen früh zu erkennen und besser zu nutzen, ist deshalb von enormer Bedeutung für die Zukunft der Stadt. Auf europäischer Ebene werden entscheidende Weichen gestellt. Die künftigen Berliner Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament sollen im Geiste der Stadt für einen offenen, toleranten und vertraulichen Umgang einstehen und sich mit wirtschaftlichem Verstand, Innovationsfreude und lokalem Bewusstsein für die Belange Berlins auf EU-Ebene einsetzen.

### **Wo wir stehen:**

In nur fünf Jahren seit der letzten Europawahl hat die Europäische Union enorme Veränderungen erlebt: Die Union ist durch die Erweiterung um zwölf neue Mitgliedsstaaten und ca. 200 Mio. Menschen gewachsen. Der Ausbau der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ist weiter vorangeschritten und die gemeinsame Währung der Euro-Zone hat sich gegenüber anderen Devisen behaupten können – gerade auch in Krisenzeiten. Grenzkontrollen wurden abgeschafft, der Verbraucherschutz ausgebaut und das Familienrecht an die europäische Lebensrealität angepasst. Die Europäische Union hat vergleichbare und anerkannte Universitätsabschlüsse in den Ländern der Union geschaffen. In immer mehr Bereichen des Alltags aber auch im wirtschaftlichen Miteinander erleichtert Europa die Arbeit und sorgt für einen vergleichbaren Rahmen für die Bürger aller 27 Mitgliedsstaaten.

Vor allem im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind noch große Schritte notwendig, damit die EU auch nach außen hin als starker und konsequenter Akteur auftritt. Ob in den Bereichen Energiepolitik und Rohstoffversorgung, Klimaschutz, Welthandel oder Bekämpfung des internationalen Terrorismus: Europa ist einstimmig immer stärker und wird ernster genommen, als wenn sich die Nationalstaaten einzeln zu Wort melden.

### **Was wir wollen:**

Europa verändert in atemberaubender Geschwindigkeit sein Gesicht – muss aber aufpassen, die Bürger bei diesen Entwicklungen nicht am Rand stehen zu lassen. Diesen Prozess demokratischer und bürgerfreundlicher zu gestalten, ist ein wichtiges Anliegen des Vertrages von Lissabon. Die Liberalen unterstützen diese Ziele des Vertrages ausdrücklich. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir dem Vertrag kritiklos gegenüber stehen. An einigen Stellen hätten wir uns mehr und konkretere Regelungen gewünscht. Kritisch sehen wir

beispielsweise, dass der "freie und unverfälschte Wettbewerb" - anders als im ursprünglichen Verfassungsvertrag - im Reformvertrag nicht mehr explizit als Ziel der Europäischen Union genannt wird.

Mit oder notfalls auch ohne Vertrag von Lissabon müssen die Rechte des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente weiter gestärkt werden. Parlamentarische Mitwirkung auf nationaler wie europäischer Ebene ist der Garant für die weitere Akzeptanz europäischer Entscheidungsprozesse. Gerade das irische Votum hat eindrücklich bewiesen, was passiert, wenn die Bürger eine unüberbrückbare Distanz zu den Entscheidungen aus Brüssel empfinden. Die Diskussionen über die Vorratsdatenspeicherung oder das Fluggastabkommen mit den Vereinigten Staaten haben überdies gezeigt, dass Parlamente vor allem im Bereich der Bürgerrechte einen echten Vorteil für die Bürger entfalten und deren Vertrauen genießen.

Die FDP will eine Europäische Union, die nach innen und außen handlungsfähiger und erfolgreicher wird. Die EU ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Als kaufkräftigster Binnenmarkt der Welt haben wir mit knapp 500 Millionen Einwohnern gute Chancen, den Standort Europa für die Zukunft zu sichern, vorausgesetzt wir handeln entschlossen und gemeinsam.

Eine dynamischer Wirtschaftsraum und eine freiheitliche Bürgergesellschaft brauchen einen leistungsfähigen und serviceorientierten öffentlichen Sektor. Die Tendenz zum weiteren Aufbau von Bürokratie auf europäischer Ebene und in der Umsetzung europäischer Richtlinien auf nationaler Ebene muss umgekehrt werden. Wettbewerbsmechanismen in der Verwaltung gehören ausgebaut und auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erweitert.

Nach innen wollen wir eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsverfassung, ohne zentralistische oder protektionistische Elemente. Wir sind gegen Europasteuern aus Brüssel und für die vollständige Abschaffung des veralteten und ungerechten Systems der Agrarsubventionen. Wir sind für eine stärkere Zusammenarbeit in Innen- und Justizfragen und dafür, dass der nächste Innenkommissar nicht zugleich Justizkommissar ist. Wir wollen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in jedem Fall bewahren.

Nach außen hin muss die EU verstärkt gemeinsam auftreten, um als internationaler Akteur ernst genommen zu werden. Dafür ist der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein Gesicht zu geben. Dies kann die Europäische Union vor allem gut in ihrer unmittelbaren

Nachbarschaft. Wir haben ein hohes Interesse an einer rechtsstaatlichen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung in den osteuropäischen Nachbarstaaten. Dazu ist im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik eine Intensivierung der Beziehungen zu den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, zur Ukraine, zur Republik Moldau, zu Aserbaidschan, zu Armenien und zu Georgien notwendig.

Damit Berlin noch mehr von den Möglichkeiten Europas profitiert, fordert die Berliner FDP konkret:

### **Mehr Europa für Berlin – mehr Berlin in Europa**

- Europa soll den jungen Berlinerinnen und Berlinern näher gebracht werden, z.B. durch
  - stärkere Nutzung der europäischen Programme für Jugendaustausch und Auslandsaufenthalte bei Schülern, Studenten und Auszubildenden;
  - gezielte Förderung von Kenntnissen über Sprache, Kultur und Geschichte unserer europäischen Nachbarn in den Schulen;
  - verstärkten Unterricht über die Arbeitsweise der Europäischen Union an Schulen
- Die Berliner Verwaltung muss wesentlich besser auf Europa vorbereitet werden, z.B. durch
  - die Wahrnehmung und Vertretung der Interessen Berlins in Brüssel;
  - Verbesserung des Personalaustauschs zwischen der Landesverwaltung und der Europäischen Kommission;
  - Förderung der Sprachkenntnisse, z.B. von mittel- und osteuropäische Staaten;
  - eine bessere Abstimmung und Koordinierung der Senatsverwaltungen in Angelegenheiten der Europäischen Union.
- Die Berliner Wirtschaft muss mehr von der EU profitieren, z.B. durch
  - Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze;
  - zügige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Sinne von Unternehmen und Bürgern, insbesondere durch einen einheitlichen Ansprechpartner für alle, auch die Berliner Unternehmen. Dieser soll durch eine ergebnisoffene Ausschreibung festgelegt werden.
- Zielgerechte Nutzung europäischer Förderinstrumente zur Förderung von Wachstum, Infrastruktur und Arbeitsplätzen in Berlin.
- Nutzung der Vorteile des Schengenraums für den Berlin-Tourismus. Große Wachstumspotenziale liegen bei unseren europäischen Nachbarn.

- Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Januar 2009 ohne Mindestlohnkoppelung.

### **Intensivierung der Zusammenarbeit mit Polen**

- Berlin muss sich als Standort in Warschau mit dem Zweck präsentieren, vor Ort Wirtschaftskontakte zu schließen und zu pflegen.
- Weiterer Ausbau der direkten Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbar-Wojewodschaften, Fortentwicklung des deutsch-polnischen Vertrags von 2006, um kommunale Kooperationen zu vereinfachen.
- Verbesserung der grenzübergreifenden Verkehrsverbindungen bei Schiene und Straße. Wiederaufbau von weiteren Brücken über die Oder. Berlin braucht bessere Verkehrsverbindungen zu den Wirtschaftszentren Warschau, Danzig, Stettin, Posen und Breslau.
- Intensivierung der Städtepartnerschaft zwischen Warschau und Berlin auf kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene.
- Verbesserung der Polnischkenntnisse in der Berliner Verwaltung.
- Ausbau von Schulpartnerschaften zwischen polnischen und Berliner Schulen.
- Intensivierung der Beziehungen im Rahmen einer regionalen Kooperation mit Frankreich und Polen (Weimarer Dreieck).